



# NEWSLETTER

Ausgabe 25. Mai 2012

## Fiskalpakt: Frontalangriff von Schwarz-Gelb auf den Föderalismus

Bundesratsminister Peter Friedrich plädiert für eine europäische Vermögenssteuer und die Finanztransaktionssteuer

„Für die Länder ist wichtig, dass trotz Fiskalpakt die politische Handlungsfähigkeit erhalten bleibt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung tut jedoch alles, um die wahren Folgen des Fiskalpaktes für die Länderhaushalte zu verschleiern“, sagte Bundesratsminister Peter Friedrich am 25. Mai. „Wir haben einen funktionierenden Fiskalföderalismus und wir beweisen ja gerade, dass wir das Ziel der Schuldenbremse umsetzen. Die Länder haben daher keinerlei Interesse an einer „Finanz-Inquisition“, wie sie der Bundesregierung offenbar vorschwebt. Diese soll mit Verweis auf den Schuldenabbauplan des Fiskalpaktes in die Haushaltsautonomie der Länder eingreifen können.“

„Das ist eindeutig ein Frontalangriff auf den Föderalismus“, betonte der Bundesratsminister. Gefragt sei vielmehr ein tragfähiges Gleichgewicht aus Konsolidierung und Wachstum für Europa – in einer sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Modernisierung. „Wer ‚Sparen‘ in die Verfassung schreiben will, der muss auch den Instrumenten für Wachstum Verfassungsrang geben“, hob er hervor. Gleichzeitig stehe den wachsenden Staatsschulden ein ebenso wachsendes Privatvermögen gegenüber. „Hier muss man ansetzen: Eine europaweite Vermögenssteuer und endlich auch die Finanztransaktionssteuer müssen her“, so Peter Friedrich.

Jeder zweite Jugendliche ohne Job – unvorstellbar, aber wahr, zum Beispiel in Griechenland. Wir brauchen dringend eine europäische Initiative für Beschäftigung. Europa muss investieren und konsolidieren. Auch dazu brauchen wir die Finanztransaktionssteuer!



**Katja Mast**

Generalsekretärin der  
SPD Baden-Württemberg

### IMPRESSUM

SPD Landesverband Baden-Württemberg  
Wilhelmsplatz 10  
70182 Stuttgart

Telefon: 0711/619 36-0  
Fax-Nr.: 0711/619 36-20  
E-Mail: [bawue@spd.de](mailto:bawue@spd.de)  
V.i.S.d.P.: Andreas Reißig



## Was ist der Fiskalpakt?

„Krisenverhinderungspakt“ soll Anfang 2013 in Kraft treten

Der Fiskalpakt ist ein „Krisenverhinderungspakt“. Er soll dafür sorgen, dass sich EU-Staaten wie zum Beispiel Griechenland nie wieder hoch verschulden können – und damit auch die Konjunktur und den Euro gefährden. Das Abkommen, offizieller Titel: „Vertrag über Stabilität, Koordination und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“, ist von der EU bereits formal beschlossen. Nun müssen die Mitgliedsländer ihn noch ratifizieren. Zentraler Inhalt: Die Unterzeichner müssen künftig nahezu ausgeglichene Haushalte vorlegen, sie dürfen sich pro Jahr nicht höher als 0,5 Prozent ihres Bruttoinlandprodukts verschulden. Schaffen sie es nicht, drohen Strafen. Im Prinzip ist der Fiskalpakt nichts anderes als die deutsche Schuldenbremse auf europäischer Ebene.

Der Vertrag soll spätestens Anfang 2013 in Kraft treten. 25 europäische Länder wollen ihn bis dahin ratifizieren, auch Deutschland.

## Krise mit Wachstum bekämpfen! Fiskalpakt an Bedingungen geknüpft

„Nackte Sparaufrufe sind kein Weg aus der Krise“ – SPD-Troika stellt ihre Forderungen für einen europäischen Wachstumspakt vor

Der Weg aus der Krise in Europa führt für Sozialdemokraten über Wachstum und Beschäftigung. Daher knüpft die Troika aus Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück die Zustimmung der SPD zum Fiskalpakt an Forderungen. „Die Politik von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy ist auf ganzer Linie gescheitert. Europa fehlt es an einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik“, erklärt Sigmar Gabriel und gibt zu Bedenken: „Wer in der Krise auf Wachstumsimpulse verzichtet, treibt ganz Europa in die Rezession“.

Daher fordert die SPD, den Fiskalpakt um ein starkes Wachstums- und Investitionsprogramm zu ergänzen. In ihrem sechs Seiten starken Positionspapier fordert die Troika unter anderem ein europäisches Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit und ein europäisches „Bündnis für Ausbildung und Arbeitsplätze“. Schließlich trifft junge Menschen die Krise besonders hart. In Griechen-

land ist beispielsweise jeder zweite Jugendliche arbeitslos. Neben einer europäischen Bankenaufsicht fordern die Sozialdemokraten zudem eine striktere Haltung von Banken im Fall von Fehlspekulationen sowie eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken. Aus SPD-Sicht muss der Fiskalpakt auf jeden Fall um eine entschlossene Regulierung und eine gerechte Besteuerung der Finanzmärkte ergänzt werden. Schließlich sollen endlich Lehren aus der Krise gezogen werden, so die drei Sozialdemokraten. Außerdem spricht sich die Troika für eine Veränderung in der Ausgabenpolitik der EU aus, sodass verstärkt in Forschung, Entwicklung, wettbewerbsfähige Industrien und gute Bildung investiert werden könne. „Es geht uns keinesfalls um einen Rückweg in die Verschuldung. Aber Wachstum darf in der Krise nicht abbrechen“, so Gabriel, Steinmeier und Steinbrück.

Das vollständige Positionspapier der Troika auf [www.spd.de](http://www.spd.de)

### Peter Simon



Der Wirtschafts- und Währungsausschuss im Europaparlament hat strengere Vorschriften bei Eigenkapital und Liquidität von Banken beschlossen. Dabei hat sich unser baden-württembergischer Europaabgeordneter Peter Simon erfolgreich dafür eingesetzt, dass sich bei den neuen Eigenkapitalanforderungen für Banken Kredite für kleinere und mittlere Unternehmen und Häuslebauer nicht verteuern.

Mehr auf [www.simon2009.de](http://www.simon2009.de)

### Evelyne Gebhardt



Über 30 Millionen Studenten, Saisonarbeiter oder freie Dienstleister, denen bisher in einigen europäischen Mitgliedstaaten der Zugang zu einem Bankkonto verweigert wurde, sollen in Zukunft das Recht auf ein Basiskonto haben. „Mobilität bedeutet die Freiheit zu entscheiden, in welchem Land man leben und arbeiten will“, erklärt dazu unsere SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt.

Mehr auf [www.evelyne-gebhardt-fuer-europa.de](http://www.evelyne-gebhardt-fuer-europa.de)

### Nils Schmid



Nach Angaben des Statistischen Landesamtes investierte Baden-Württemberg 4,8 Prozent des Bruttoinlandprodukts in Forschung und Entwicklung und rangiert damit im europaweiten Vergleich deutlich auf Platz 1. „Das ist die beste Voraussetzung für die soziale und ökologische Modernisierung der Wirtschaft im Land. Diese Innovationen sichern hier Beschäftigung“, so Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid.

Mehr auf [mfw.baden-wuerttemberg.de](http://mfw.baden-wuerttemberg.de)